

# Aufschwung verzögert

## Wirtschaftliche Lage und Aussichten, Ende 2021 – 2022

### Inhaltsübersicht

<b>Weltwirtschaft im Aufschwung .....</b>	<b>1</b>
<b>Verzögerter Aufschwung in Deutschland .....</b>	<b>3</b>
<b>Erholung am Arbeitsmarkt .....</b>	<b>4</b>
<b>Inflation erhöht .....</b>	<b>5</b>
<b>Öffentliche Finanzen: Möglichkeiten nutzen! .....</b>	<b>7</b>

### Weltwirtschaft im Aufschwung

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die Wirtschaftsleistung des Globus wird 2021 um voraussichtlich sechs Prozent wachsen. Für das nächste Jahr erwarten die Wirtschaftsexpertinnen und –experten vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) ein weltweites Plus von 4,8 Prozent. Damit ist die Wirtschaftskrise überwunden, obwohl die Pandemie noch nicht beendet ist. Das Tempo der wirtschaftlichen Erholung fällt jedoch regional sehr unterschiedlich aus.

Der starke weltweite Aufschwung hat den Welthandel belebt. Die Warenströme werden 2021 um voraussichtlich 11 Prozent zunehmen. Für das nächste Jahr erwarten die Prognosen ein weiteres Handelswachstum von fast 10 Prozent. Die grenzüberschreitende Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen hat die Energie- und Rohstoffpreise kräftig anziehen lassen. Der Rohölpreis liegt über 80 US-Dollar.

In den letzten Monaten zogen aber dunkle Wolken am Konjunkturlhimmel auf. Lieferengpässe bei Vorprodukten und Rohstoffen haben die Industrieproduktion weltweit gedrosselt. Der Mangel an Halbleitern trifft besonders die internationale Automobilindustrie. Zudem belastet ein globaler Anstieg der Infektionszahlen – vierte Welle – erneut die Volkswirtschaften. Zum wiederholten Mal könnten im Winter 2021 gesundheitspolitische Eindämmungsmaßnahmen notwendig werden. Noch können wir aber davon ausgehen, dass die Erholung der Weltwirtschaft dadurch nicht stark beeinträchtigt wird.

Die US-Wirtschaft treibt den weltweiten Aufschwung an. Das IMK rechnet 2021 mit einem US-Wachstum von fast sieben Prozent. Damit haben die USA wirtschaftlich wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Im nächsten Jahr wird ein Plus von fast vier Prozent erwartet. Wichtiger Treiber des US-Wachstums sind die steigenden privaten Konsumausgaben. Zudem schiebt Joe Bidens milliardenschweres öffentliches Infrastrukturprogramm die US-Wirtschaft kräftig an. Die Arbeitslosenquote fiel auf rund fünf Prozent. Zwischen Washington und Los Angeles gibt es aber noch immer mehr Arbeitslose als vor der Pandemie. Der kräftige Aufschwung lässt die Verbraucherpreise steigen. Im Vergleich zum Vorjahr klettern die US-Preise um voraussichtlich 3,7 Prozent. Dieser deutliche Preisanstieg ist jedoch maßgeblich auf die Öl-, Gas- und Benzinpreise zurückzuführen und somit zeitlich begrenzt.

Europa ist ebenfalls auf Erholungskurs. Das IMK schätzt für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum in der EU von 5,4 Prozent. Im Euroraum rechnen die Wirtschaftsexperten mit einem Plus von 5,2 Prozent. Im nächsten Jahr könnte sich der starke europäische Aufschwung – plus fünf Prozent – fortsetzen. Treiber der guten Konjunktur sind der private Verbrauch, die gestiegenen Staatsausga-

ben der europäischen Nationalstaaten und die lockere EZB-Geldpolitik. Die gute Wirtschaftslage wirkt sich aber kaum auf die europäischen Arbeitsmärkte aus. Die EU-Erwerbslosenquote liegt bei hohen sieben Prozent.

Die Preise steigen deutlich. In der Eurozone rechnen die Experten für das laufende Jahr mit einer Inflation von 2,3 Prozent (EU). Für 2022 wird ein Preisanstieg von 1,8 Prozent erwartet.

Frankreich, Italien und Spanien sind die Konjunkturlokomotiven der Eurozone – auch, weil sie ihre Staatsausgaben in der Krise diesmal nicht zusammengestrichen haben. Das Bruttoinlandsprodukt dieser Länder wird 2021 vermutlich zwischen sechs und sieben Prozent zunehmen. Diese Ländergruppe konnte aber den starken pandemiebedingten Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung noch nicht wieder wettmachen. Dafür müsste sich die gute wirtschaftliche Entwicklung weiter fortsetzen. Eine notwendige Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Finanzmittel des europäischen Wiederaufbaufonds können dazu beitragen.

Die chinesische Wirtschaft wächst im internationalen Vergleich besonders kräftig. Im laufenden Jahr wird das chinesische Bruttoinlandsprodukt um voraussichtlich 8,7 Prozent zunehmen. Für 2022 rechnen die Konjunkturoxperten mit einem Wachstum von 5,6 Prozent. Der private Verbrauch, die Investitionen und der Außenhandel schieben Pekings Wirtschaft an.

Die Schwellenländer – Brasilien, Mexiko, Russland, Indien, Südkorea, Türkei – wachsen 2021 zwischen fünf und sieben Prozent. Sie profitieren von der steigenden Rohstoffnachfrage, leiden aber am unzureichenden Impfschutz.

## Verzögerter Aufschwung in Deutschland

Die von den Instituten zunächst prognostizierte und erwartete Erholung der deutschen Wirtschaft in 2021 ist nur eingeschränkt eingetreten. Im Jahresverlauf mussten sie ihre Prognosen wiederholt nach unten korrigieren. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung etwa geht in seiner September-Prognose noch von einem Wachstum in 2021 von 2,6 Prozent aus.

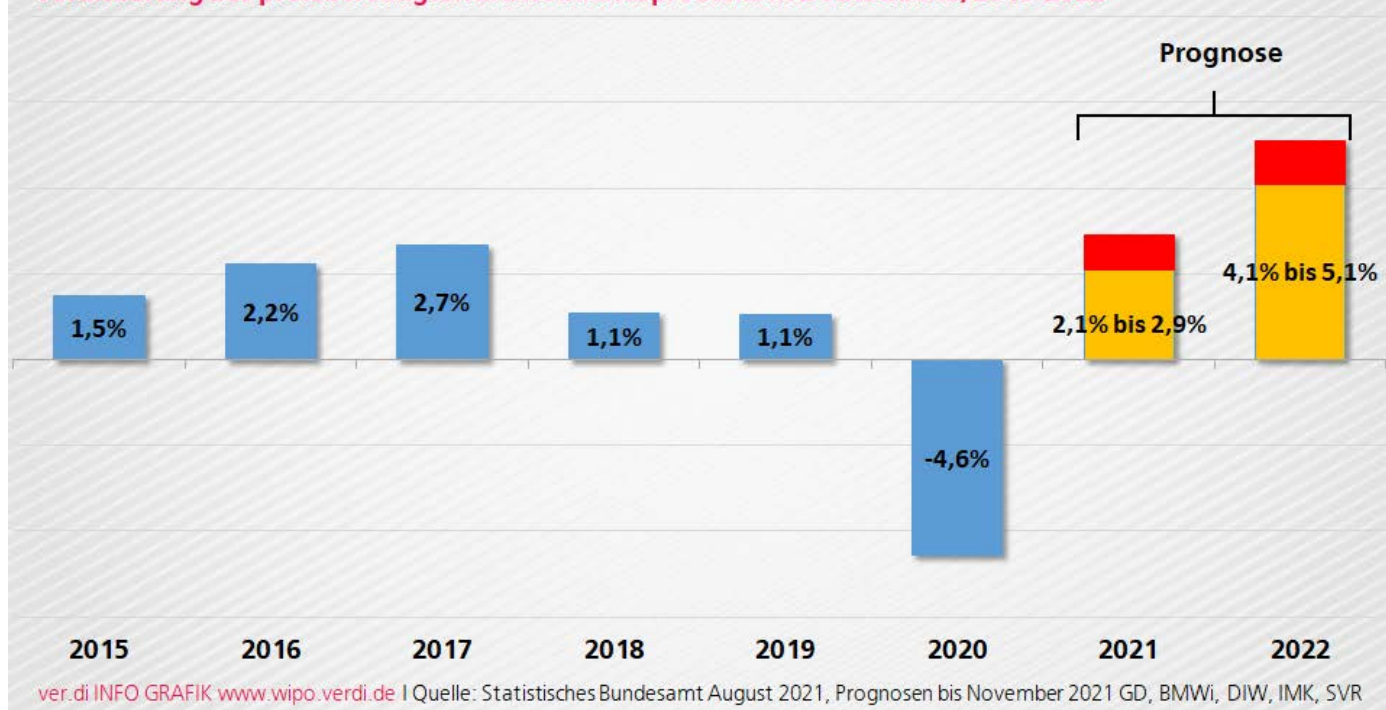
Die wichtigsten Gründe für die Korrektur nach unten waren die erneut heftige Corona-Welle im ersten Halbjahr – einschließlich erneuter Lockdowns in vielen Ländern – sowie anschließend Lieferschwierigkeiten bei vielen Rohstoffen und Vorprodukten. Zusammen mit einer nur verhaltenen Ausweitung der Produktion von Erdöl und Gas bei wieder steigender Energienachfrage

trägt der Mangel an Rohstoffen und Vorprodukten stark zu den seit einigen Monaten höheren Inflationsraten bei. Für Industrie, Handwerk und Bauwirtschaft in Deutschland haben Lieferschwierigkeiten und steigende Preise zur Folge, dass die Unternehmen trotz voller Auftragsbücher und trotz Expansion der Weltwirtschaft nur eingeschränkt produzieren konnten und können.

Besonders schwer betroffen war und ist die Autoindustrie: Aufgrund des Chipmangels brach ihre Produktion in den ersten sieben Monaten 2021 um beinahe 23 Prozent ein. Jedes dritte Auto kann in diesem Jahr nicht gebaut werden. Die ebenfalls von Lieferschwierigkeiten betroffene Bauwirtschaft wurde zu Beginn des Jahres zusätzlich durch schlechte Witterungsverhältnisse belastet. Hingegen konnte sich die Produktion in den von der Pandemie besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen in 2021 überwiegend wieder erholen, so etwa im Gastgewerbe und im Einzelhandel. Voraussetzung hierfür waren das

## Wiederaufschwung nach der Corona-Krise

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, 2015-2022



rückläufige Infektionsgeschehen ab dem Frühsommer, das Kontakte wieder zuließ, sowie ein deutlicher Anstieg des privaten Konsums.

Die Institute erwarten in ihren Prognosen ein Ende der Lieferengpässe erst im Sommer 2022, sodass die industrielle Produktion auch in der ersten Hälfte des kommenden Jahres noch von Schwierigkeiten geprägt sein dürfte. Entsprechend dürften auch die Exporte erst gegen Mitte oder Ende 2022 wieder anziehen.

Dennoch dürfte die Erholung der Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt weitergehen. Die Institute erwarten ein Wachstum von etwa 4,5 bis 5,0 Prozent, das IMK schätzt 5,1 Prozent. Getragen wird es ganz wesentlich von der Inlandsnachfrage, wobei hier nur der private Konsum expansiv ausfällt. Der Staatskonsum hingegen geht angesichts der in Teilen voraussichtlich wegfallenden Corona-bedingten Mehrausgaben zurück. Beim expandierenden privaten Konsum spielen nachholende Ausgaben eine wichtige Rolle – die Haushalte bauen Ersparnisse der letzten Monate ab.

Bremsen dürften allerdings die aktuell und absehbar wieder ansteigenden Infektionszahlen bzw. die damit einhergehenden politischen Maßnahmen – einmal mehr sind hier die kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen besonders betroffen. Allerdings dürfte das Ausmaß dessen angesichts der zwischenzeitlich erreichten Impffortschritte hinter den Auswirkungen der bisherigen Corona-Wellen zurückbleiben.

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sind angesichts des aktuellen Niedrigzinsumfelds günstig. Da die derzeit höheren Inflationszahlen vorübergehend sein dürften und sie insbesondere keine volle Auslastung der Kapazitäten anzeigen, ist ein geldpolitischer Kurswechsel der Europäischen Zentralbank in Richtung höherer Zinsen weder angezeigt noch zu erwarten.

## Erholung am Arbeitsmarkt

Die Corona-Krise führte wiederholt zu Einbrüchen bei der Beschäftigung und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese stieg innerhalb eines Jahres von 2,4 Mio. Personen Anfang 2020 auf den Höchstwert im Zuge der Corona-Krise von 2,9 Mio. Personen im Februar 2021. Seitdem ist sie im Trend rückläufig. Spiegelbildlich nahmen Erwerbstätigkeit (seit März 2021) und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder zu.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war angesichts der Tragweite der Krise erfreulich gering. Verantwortlich dafür ist insbesondere die Kurzarbeit, ohne die dieser Anstieg deutlich stärker ausgefallen wäre. Dieses Instrument zielt darauf, in Krisenzeiten die Arbeitszeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um bis zu 100 Prozent zu reduzieren und hierdurch Arbeitsplätze zu sichern. Im Februar 2021 waren 3,4 Mio. Personen in Kurzarbeit, dies war der höchste Wert des Jahres. Im April 2020 befanden sich sogar sechs Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit.

Zur Erholung von Arbeitsmarkt und Wirtschaft im Laufe des Jahres 2021 trugen sehr wesentlich die steigenden Impffzahlen bei. Dennoch ist angesichts der derzeit steigenden Infektionszahlen in den kommenden Monaten mit vermehrten Kontaktbeschränkungen zu rechnen, was – wie auch die oben erwähnten Lieferengpässe – den Arbeitsmarkt vorübergehend erneut belasten könnte. Der Abbau der Kurzarbeit dürfte parallel dazu stagnieren. Im Gesamtjahr 2022 aber sollte die allgemeine Erholung der Wirtschaft auch zu einer weiteren Erholung am Arbeitsmarkt und zu einem weiteren Abbau der Kurzarbeit führen. Das IMK rechnet im kommenden Jahr mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um 1,2 Prozent sowie der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 1,4 Prozent bei einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent auf 5,1 Prozent.

## Inflation erhöht

Seit einigen Monaten steigt die Inflationsrate im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat erheblich. Ein kontinuierlicher Anstieg der Verbraucherpreise ist seit Jahresbeginn zu beobachten. Unter anderem Heizöl, Kraftstoffe und Nahrungsmittel sind teurer geworden.

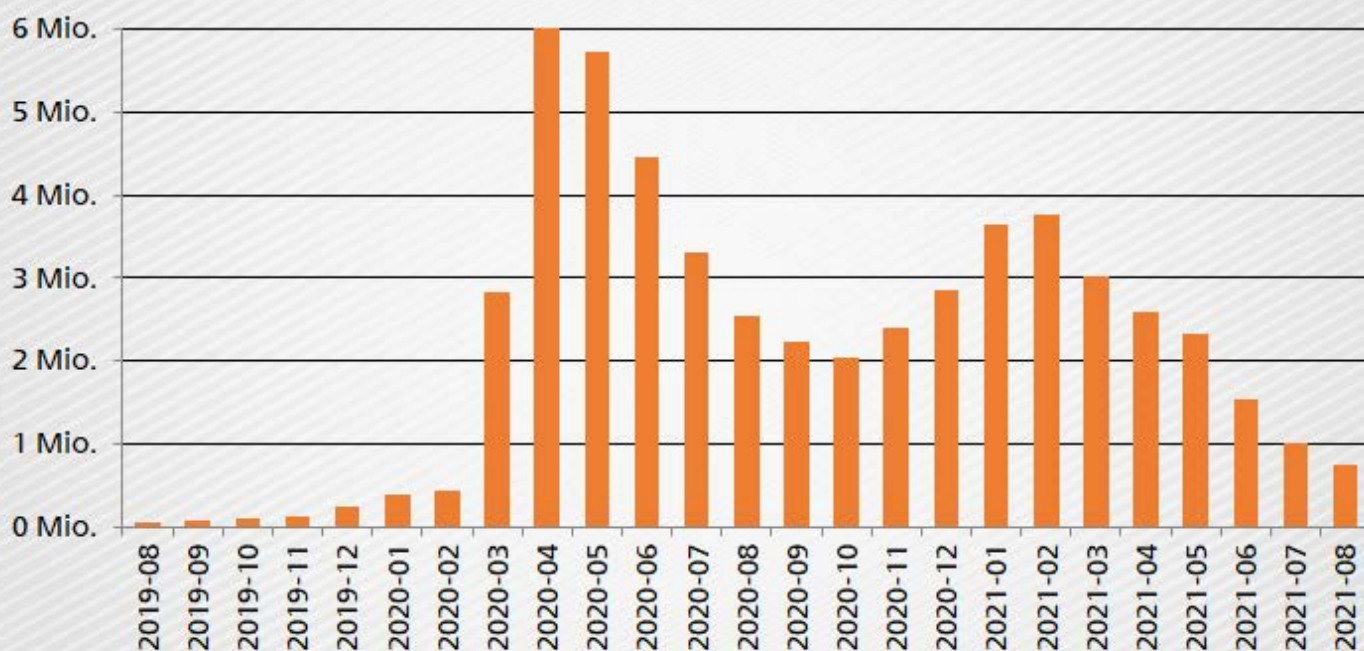
Die Inflationsrate zeigt die durchschnittliche prozentuale Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen im Vergleich mit einem Basisjahr bzw. einem Basismonat. Der Verbraucherpreisindex misst die Preisentwicklung eines für Verbraucher typischen, repräsentativen Warenkorb. Demnach stiegen die Verbraucherpreise im Oktober 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,5 Prozent. Das mag erschreckend hoch erscheinen, allerdings sind Jahresraten um einiges aussagekräftiger als der Vergleich mit Vorjahresmonaten. Denn Monatsdaten können starken

Schwankungen unterliegen; aktuell verzerren zusätzlich zahlreiche Corona-bedingte Sondereffekte die Werte. Der Sachverständigenrat Wirtschaft der Bundesregierung erwartet für 2021 eine Jahresrate des Verbraucherpreisindex von 3,1 Prozent in Deutschland und 2,4 Prozent im Euroraum.

Es ist nicht davon auszugehen, dass wir dauerhaft höhere Inflationsraten sehen werden. Dafür sprechen zahlreiche Gründe:

Welchen Einfluss die Corona-Pandemie auf die Preisentwicklung hat, wird in der nachfolgenden Grafik zu den Verbraucherpreisindizes deutlich. Der Index (die Linie) zeigt das jeweilige Preisniveau, wobei das des Jahres 2015 als 100 gesetzt ist. Die Veränderungsrate zum Vorjahresmonat (die Säulen) zeigen den Rückgang der Preise (daher negative Werte) in der zweiten Jahreshälfte 2020 auf. In einer Art Ausgleichsbewegung dazu springen sie in 2021 auf ein relativ hohes Niveau.

## Anzahl der Beschäftigten in Kurzarbeit



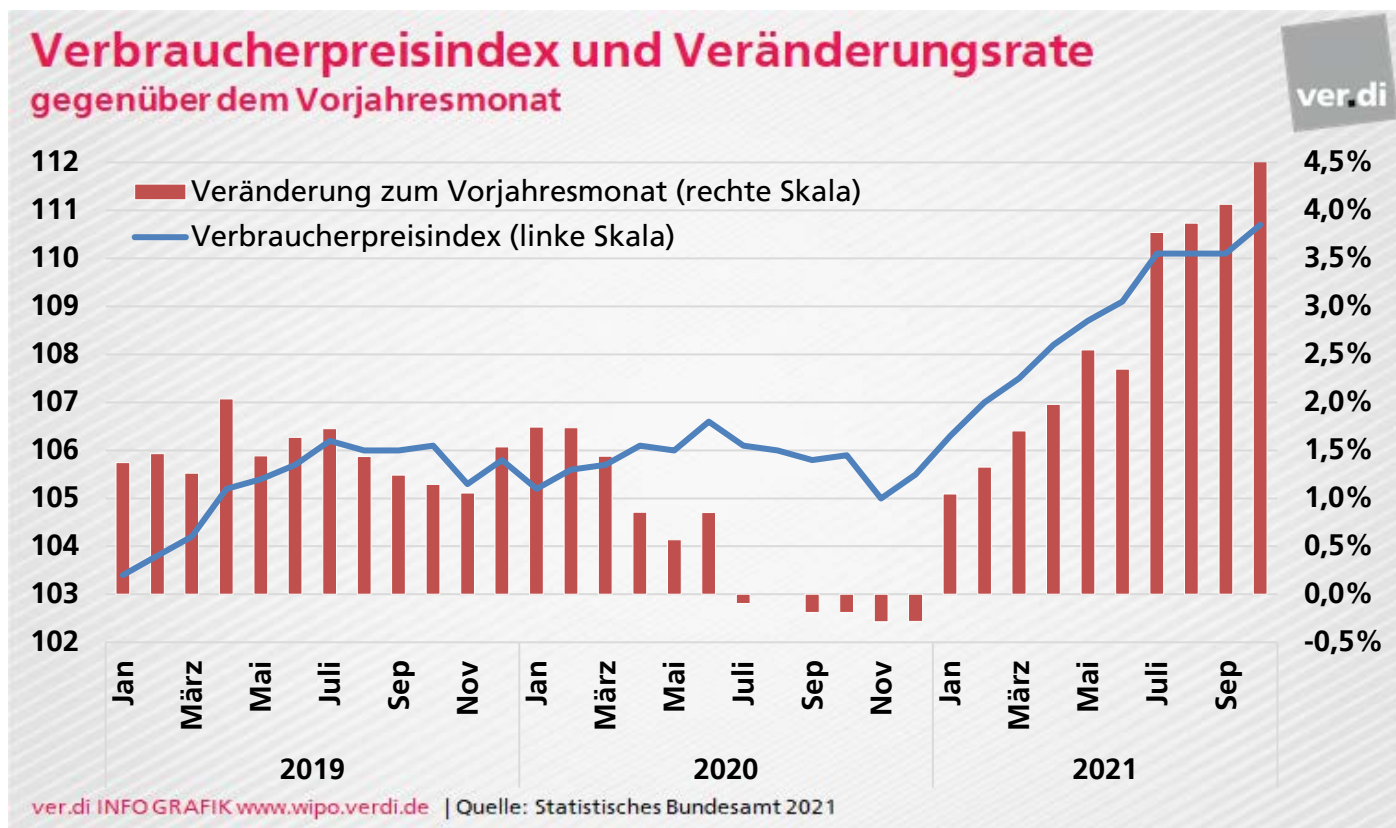
Dabei spielte auch die befristete Senkung der Mehrwertsteuer eine Rolle. Die Bundesregierung hatte sie im zweiten Halbjahr 2020 gesenkt, um Unternehmen und Haushalte zu entlasten. In 2021 wirkt die Rücknahme dieser Maßnahme preissteigernd – ein statistischer Sondereffekt, der mehr als einen halben Prozentpunkt der Inflationsrate ausmacht.

Auch nachholender Konsum lässt momentan die Nachfrage stark steigen. Die Haushalte geben Geld aus, das sie im Zuge der Corona-Krise nicht ausgeben konnten. Gleichzeitig können die Unternehmen diese zusätzliche Nachfrage nur eingeschränkt bedienen. Dies führt vorübergehend zu steigenden Preisen. Gründe für die verzögerte Anpassung des Angebots sind unter anderem nach wie vor gegebene Corona-Beschränkungen und Lieferschwierigkeiten bei vielen Rohstoffen und Vorprodukten. Letztere haben insbesondere global ausgelastete Produktionskapazitäten (bei

Computerchips und manchen Rohstoffen), vereinzelte Hafenschließungen in China und regional einen Mangel an Containern zur Ursache.

Die Preise mineralölbasierter Energieträger sind aktuell ein besonders starker Treiber der Inflationsrate. Auch dies liegt an einer sehr hohen Nachfrage bei gleichzeitig geringerem Angebot. Zwischen Juli 2020 und Juli 2021 wurden vor allem Heizöl (+53,6 Prozent) und Kraftstoffe (+24,7 Prozent) teurer. Auch die Preise für Erdgas (+4,7 Prozent) und Strom (+1,6 Prozent) erhöhten sich. Dieser Anstieg wird aber in 2022 voraussichtlich zu einem Ende kommen und sich teilweise wieder umkehren.

Die Preise für fossile Energieträger steigen zudem durch die mit Jahresbeginn 2021 eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Dies macht etwa 0,3 Prozentpunkte der Inflationsrate aus. Diese CO<sub>2</sub>-Bepreisung soll in den kommenden Jahren planvoll weiter steigen. Diese klimapolitisch sinnvolle



Maßnahme belastet Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen allerdings überdurchschnittlich stark. Um die Lasten fair zu verteilen, fordert ver.di daher ein staatliches Energiegeld, von dem vor allem Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen profitieren sollen. Außerdem fordern die Gewerkschaften die Umstellung der Entfernungspauschale, die bisher Beschäftigte mit höheren Einkommen überproportional entlastet, zu einem Mobilitätsgeld, bei dem allen Beschäftigten der gleiche Betrag je Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz erstattet wird.

Die EZB verfolgt das Ziel einer mittelfristigen Inflation von 2 Prozent, um Preisstabilität zu gewährleisten. Auch wenn die aktuellen Inflationszahlen über diesem Ziel liegen, besteht momentan weder Grund noch Anlass zu einer Abkehr vom derzeitigen geldpolitischen Pfad. Insbesondere eine Erhöhung der Zinsen würde anstehende und notwendige Investitionen hemmen und den wirtschaftlichen Aufschwung ausbremsen, ohne den Gründen für die aktuell höhere Preisentwicklung entgegenzuwirken. Dies gilt umso mehr, als die beschriebenen Treiber der Inflation keine langfristigen Phänomene sind.

## Öffentliche Finanzen: Möglichkeiten nutzen!

Die Pandemie und die Krise haben tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte in Deutschland gerissen. Nachdem sie durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben für Sozialleistungen und Unternehmenshilfen im Jahr 2020 ein Defizit von 145 Mrd. Euro aufwiesen, werden es in 2021 voraussichtlich 174 Mrd. Euro sein. Das entspricht 4,9 Prozent der Wirtschaftsleistung, des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2022 dürften nach gegenwärtigen Schätzungen der Institute die Defizite

dann auf noch etwa zwei Prozent und 2023 knapp ein Prozent des BIP zurückgehen.

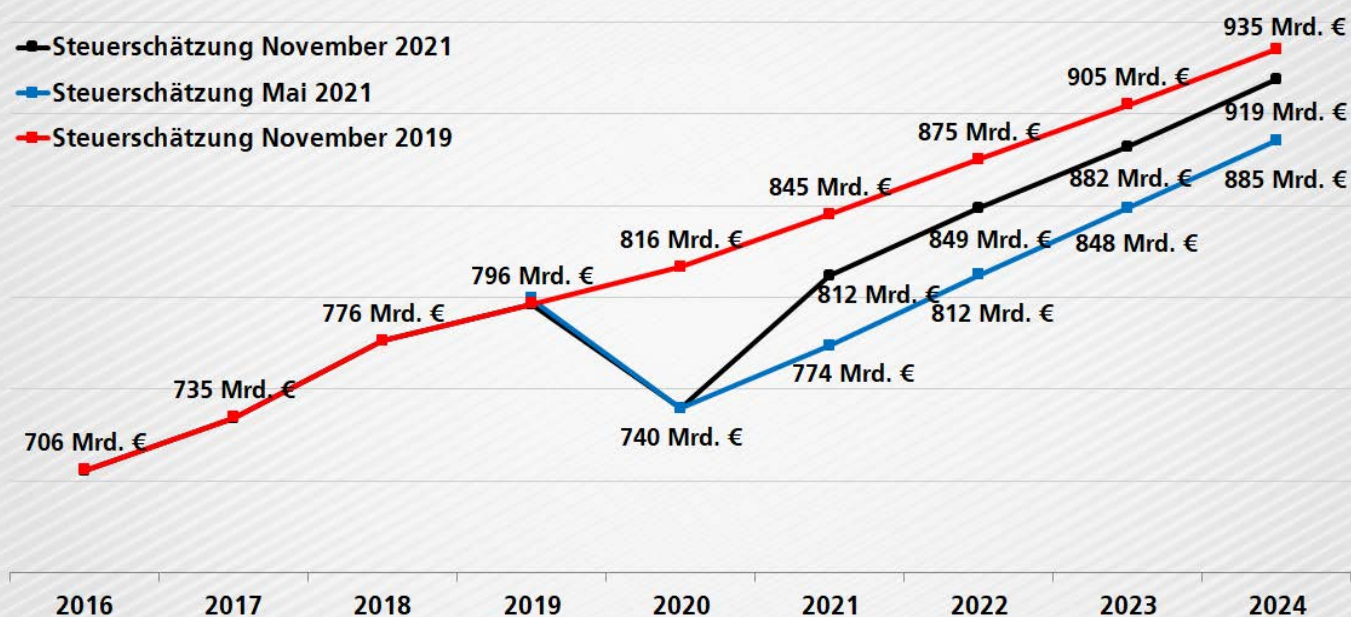
Die so genannte Staatsquote – die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen im Verhältnis im BIP – stieg auf etwa 51 Prozent in 2020 und 2021. In den Jahren zuvor lag sie knapp unter 45 Prozent. Ursächlich dafür sind einerseits höhere Ausgaben für Sozialleistungen, Gesundheitsausgaben und Unternehmenshilfen, andererseits das in der Krise gesunkene BIP. In den kommenden Jahren wird die Staatsquote wieder unter 47 Prozent sinken.

Auf der anderen Seite sanken die Steuereinnahmen 2020 um fast 60 Milliarden Euro und bleiben auch in 2021 und in den folgenden Jahren um zweistellige Milliardenbeträge hinter den Prognosen und der darauf aufbauenden Haushaltsplanung von vor der Krise zurück. Die neue Steuerschätzung vom November 2021 prognostiziert allerdings für die nächsten Jahre deutlich höhere Steuereinnahmen, als in den letzten Schätzungen erwartet worden war.

Die Antikrisenpolitik hat die Staatsverschuldung deutlich ansteigen lassen. Die Schuldenstandsquote des Gesamtstaates – Verschuldung im Verhältnis zum BIP – stieg in der Krise von unter 60 auf etwa 70 Prozent. Voraussichtlich wird sie bereits 2022 und dann weiter in den folgenden Jahren wieder sinken. Diese Verschuldung ist im internationalen Vergleich gering und auch deshalb unproblematisch, weil die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in den letzten 20 Jahren von 14 Prozent auf in 2021 nur noch 2,4 Prozent der Steuereinnahmen gesunken ist und weiter sinken wird. Aktuell verdient der Bund sogar an seiner Kreditaufnahme: Für 1000 Euro Schulden, für die er null Zinsen zahlt, muss er in 10 Jahren nur 973 Euro zurückzahlen (in der Regel wird dazu dann eine neue Anleihe aufgenommen).

## Weniger Steuereinnahmen durch Corona-Krise

### Steuerschätzungen vor und nach Krisenbeginn



ver.di INFO GRAFIK [www.wjpo.verdi.de](http://www.wjpo.verdi.de) | Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen

ver.di fordert, dass die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest mittels längerer Tilgungsfristen und einer „goldenen Regel“ (Möglichkeit der Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen) gelockert wird. Denn es gibt massive zusätzliche öffentliche Investitions- und Ausgabenbedarfe, die das gewerkschaftsnahe IMK und das arbeitgebernahe IW in einer gemeinsamen Studie auf mindestens etwa 45 Mrd. Euro pro Jahr über zehn Jahre beziffert haben.

Dazu kommen noch dort nicht erfasste Investitions- und Personalbedarfe in den Bereichen Gesundheit und Altenpflege und weitere Personalbedarfe in öffentlichen und sozialen Diensten sowie Finanzbedarfe für die Verbesserung sozialer

Leistungen (Rente, Grundsicherung, Arbeitsmarktpolitik usw.), die aus Steuern und Sozialbeiträgen zu decken sind.

ver.di fordert dazu auch weiterhin eine umverteilende und gerechte Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker besteuert, um notwendige öffentliche und soziale Leistungen zu finanzieren. Darüber hinaus müssen übermäßige Alt-schulden finanzschwacher Kommunen durch einen Alt-schuldenfonds von Bund und Ländern übernommen werden. Das Steuerkonzept der DGB-Gewerkschaften erbrächte dazu Mehreinnahmen von etwa 60 Milliarden Euro im Jahr. Dieses wurde im Koalitionsvertrag leider nicht aufgegriffen.

#### Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Werneke  
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber. Dezember 2021.

Kontakt: [wirtschaftspolitik@verdi.de](mailto:wirtschaftspolitik@verdi.de)